

Minijobs umwandeln statt Grenze erhöhen!

Die Regierungskoalition verkauft ihre Erhöhung der Grenze zum Minijob auf 450 € als Verbesserung.

„Unverschämtheit, hier von einer Verbesserung zu sprechen.“ sagt Barbara Henke, Vorsitzende des ver.di-Bundesfrauenrates. „**Arm trotz Arbeit**“ trifft es wohl besser!“

Die Erhöhung der Grenze für Minijobs von 400 auf 450 € geht an den eigentlichen Problemen vorbei: unterhalb dieser Einkommensgrenze weitet sich die prekäre Beschäftigung und der Niedriglohnbereich immer mehr aus.

Über 70 % der Minijobber/innen sind Frauen. Viele von ihnen haben diesen Minijob als einzige Verdienstquelle. Damit müssen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Ohne zeitliche Begrenzung, unter schlechteren Arbeitsbedingungen und zu einem Lohn weit unter dem einer/s „Normalbeschäftigten“ grenzt das an Ausbeutung!

Im dem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten zum 1. Gleichstellungsbericht benennen die Sachverständigen **Minijobs als eines der zentralen Probleme bei der Gleichstellung.**

Und was macht dieselbe Regierung? Weitet diese Beschäftigungsform sogar noch aus!

Karin Schwendler, ver.di-Bereichsleiterin Frauen- und Gleichstellungspolitik:

„Die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse unabhängig von der Stundenanzahl und dem Lohnniveau, das wäre nur fair! Dafür braucht es aber andere gesetzliche Regelungen, einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 €, gerne auch mehr, und bestimmt keine Ausweitung der Mini-Job-Schwelle.“

Im Gegenteil: auf der Basis eines Mindestlohnes wäre eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro für alle Beschäftigungsverhältnisse sinnvoll.

Davon profitieren die Minijobber/innen selbst, indem sie vollständige Ansprüche aus einer eigenständigen Versicherung erwerben. Sie hätten die Chance mit einem „anständigen“ Lohn auch später eine „anständige“ Rente zu bekommen. Eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung wie vorgesehen macht zwar Sinn, aber ohne weitere Maßnahmen wird die Altersarmut trotzdem immer weiter steigen, insbesondere bei Frauen.

Von einer eigenständigen Existenzsicherung sind Minijobberinnen meilenweit entfernt. Aber **von Arbeit muss Frau und Mann auch leben können!** In vielen Branchen ist diese Form der Beschäftigung längst vom Ausnahmefall zur alltäglichen Form der Beschäftigung geworden. Das muss gestoppt werden. Dazu fordern wir diese Bundesregierung auf!

Weitere Infos unter:
www.frauen.verdi.de
www.verdi.de



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**